

**Der nachfolgende Text ist der Versuch einer Aufarbeitung von spontanen Reaktionen auf das Wahlergebnis der Landtagswahl in Bayern unter Einbeziehung weiterer Eindrücke nach der Hessenwahl. Es handelt sich um einen Entwurf, mit der Absicht der Fortschreibung.**

Helmut Platzer

### **Vorbemerkung**

Ich habe in meinem Berufsleben mit nahezu allen führenden Unternehmensberatungen zu tun gehabt und eine wahrscheinlich dreistellige Zahl von Consultants kennengelernt. Einige der Branchengrößen wie Herbert Henzler oder Roland Berger habe ich sogar intensiver erlebt. Ich versuche im Folgenden, zu simulieren, welche Diskussion sich ergäbe, wenn wir einen hohen Betrag aufwenden und bei externen Beratern eine Analyse bestellen würden (wozu ich nicht rate).

Sie würden sicher auf die klassischen Analysemodelle wie Wählerwanderung und Altersschichtung, Stadt-/Land-Vergleiche und Personalbashing o.ä. verzichten und zukunftsorientiert die Frage aufwerfen, was muß passieren, damit der Sinkflug in einen Steigflug übergeht. Im Klartext: Mich interessiert nicht, wohin die ehemaligen SPD-Wähler abgewandert sind, zu Grün, Schwarz, Gelb, Blau, Braun usw. und wer diese Entscheidung zu welchem Zeitpunkt getroffen hat, sondern was passieren muß, damit unser sozialdemokratisches Geschäftsmodell wieder verfährt. Was muß als Lerneffekt aus 2018 passieren, damit bei der nächsten und allen übernächsten Wahlen so viele Stimmberechtigte wie möglich SPD wählen.

Das heißt nicht, die Vergangenheit auszublenden, im Gegenteil, sie muß genau und analytisch betrachtet werden, aber zielorientiert, mit der Absicht sicherzustellen, daß ein angemessener Teil der Wähler an uns nicht mehr vorbeikommt. Dafür wird Politik gemacht, nicht für Personen und nicht für die B-Note für den künstlerischen Ausdruck.

## **Landtagswahl 2018: Mehr als eine Niederlage für die SPD**

Bevor wir uns mit der Frage in aller Ausführlichkeit befassen, was das Wahlergebnis der Landtagswahl 2018 für die SPD bedeutet und welche Schlüsse und Konsequenzen daraus gezogen werden sollten, ist es unerlässlich eine staatspolitisch-historische Bewertung vorzunehmen. Nicht um sich selbst der eigenen Bedeutsamkeit zu vergewissern, sondern weil eine frühere Referenz oder Parallele zu diesem Absturz fehlt und die Konsequenzen dieser katastrophalen Niederlage weit über die SPD hinausreichen.

Zwei Themen treten dabei deutlich in den Vordergrund, die jeweils anhand einer Frage kenntlich gemacht werden können:

- Welche gesellschaftspolitische Dimension wohnt diesem Wahlergebnis inne?
- Welche Bewertung ergibt sich nachgehend für die Entscheidung, nach der Bundestagswahl eine neuerliche große Koalition einzugehen?

Weiter ist eine ausführliche Diskussion darüber zu führen, welche strategischen und taktischen Entscheidungen vor der Wahl und ihre Umsetzung das schlechte Ergebnis befördert haben und welche Festlegungen daraus im Sinne einer lessons-learned-Analyse für die künftige Arbeit, nicht nur für kommende Wahlkämpfe schon jetzt getroffen werden sollten.

Schließlich führt kein Weg an einer Betrachtung vorbei, was im Bereich der programmatischen, personellen und organisatorischen Aufstellungen zu tun ist -abstrakt, nicht im Wege der Abstrafung des Führungspersonals- um wieder auf

einen Erfolgsweg zurückkehren zu können. (Nicht, was muß Nahles tun oder Kohlen tun, oder XY tun, sondern was muß die SPD tun – und natürlich auch ihre Führung, unabhängig von Namen.) Seit der Bekanntgabe der Ergebnisse der Montagsklausur durch die Vorsitzende am 29.11. wird dies noch einmal exemplarisch deutlich. Sie hat umfassend dargestellt, was jetzt nicht passieren wird -kein Sonderparteitag, keine vorgezogenen Personalentscheidungen, keine Diskussion über die GroKo- es fiel kein einziges Wort, das auf ein konkretes Vorhaben hätte schließen lassen.

Das Ergebnis der Landtagswahl 2018 führt dazu, daß es erstmals, seit 1919 der erste bayerischer Landtag demokratisch gewählt wurde, kein angemessenes Gegengewicht für eine ansonsten konservativ bis rechts, bürgerlich bis chauvinistisch, in weiten Teilen wirtschaftsliberal ausgerichtete parlamentarische Repräsentanz der bayerischen Bevölkerung mehr gibt. Mit der Marginalisierung der SPD und dem Scheitern der Linken spiegelt der bayerische Landtag augenscheinlich eine Wählerschaft, die zu über 90 % ihre politischen Präferenzen jenseits von sozialer Gerechtigkeit, Fortschritt in Freiheit, Chancengleichheit und Internationalismus sieht.

Um nicht mißverstanden zu werden: Dies ist fern von Wählerschelte oder Polemik, sondern eine sachliche Feststellung, der die Einschätzung der im bayerischen Landtag vertretenen Parteien anhand ihrer politischen Schwerpunktsetzung zu Grunde liegt.

Auch wenn die Veränderung der Landschaft gerade auch stark von einer Wanderungsbewegung der Wähler von der SPD zu den Grünen geprägt ist, bleibt es bei dieser Feststellung.

Festzuhalten ist an dieser Stelle der guten Ordnung halber, auch wenn die Reaktionen auf die Wahl etwas anderes vermuten lassen, wir reden bei den Grünen derzeit nach wie vor über eine 17-%-Partei, keine neue Volkspartei oder wie auch immer man dominante politische Verbände definieren mag; es gibt keinen Grund, sich analytisch nur auf den immer noch übersichtlichen Erfolg der Grünen zu beschränken.

Tatsache ist: Weder nach Ihrer Programmatik, noch nach ihrem Agieren in den Parlamenten oder gar im Wahlkampf sind die Grünen eine diesbezügliche

Alternative zur SPD; sie sind eine zutiefst bürgerliche Milieupartei mit einer Lifestyleattitude, die in erster Linie städtischen Mittelstand anspricht, aber durchaus auch zunehmend im ländlichen Umfeld reüssiert. Aus SPD-Sicht müssen daraus mehrere Schlüsse gezogen werden. Die Grünen sind nicht „SPD-ähnlich“, so daß sie nicht als politische Gegner betrachtet werden müssten, ihr Fußfassen in bestimmten Milieus ist auch einer fatalen Symbiosepolitik der SPD zu verdanken, die der Realität nicht entspricht und nicht auf Gegenseitigkeit beruht. Martin Mühlfenzl hat dies am 20.10. in der SZ am Beispiel Haidhausen hervorragend analysiert und beschrieben. Die SPD hat in den ehemaligen abgehängten Vierteln mit politischer Phantasie, geschickter Vernetzung mit gesellschaftlichen Gruppen und beträchtlicher Durchsetzungskraft gegen erhebliche Widerstände die Milieus ermöglicht, die Grüne jetzt zum Teil ihres Lifestyles erwählt haben.

Ein Bild drängt sich auf, das jedem ökologisch Bewanderten überzeugend und attraktiv erscheinen muß. Die Kletterpflanze, die den Baum hinaufwuchert, kann ein Beispiel von lebendigem Miteinander und Ergänzung sein, so haben wir das Nebeneinander lange genug verstanden, sie kann aber auch das schmarotzerhafte Wachstum entwickeln, das dem „Stammbaum“ am Ende den Garaus macht; so stellt sich jetzt die Realität tendenziell dar.

Wie die anderen im Parlament vertretenen Parteien im politischen Spektrum zu verorten sind, bedarf keiner näheren Betrachtung.

Der Anteil, den die Rolle der SPD in der großen Koalition am Wahlergebnis hat, dürfte diesmal weit über den Einfluß der Bundesebene bei sonstigen Landtagswahlen hinausreichen. Dies geht nicht primär auf die Ergebnisse der dortigen Arbeit zurück, sondern auf zwei typische, als stilbildend empfundene Charakteristika der Zusammenarbeit mit CDU und CSU.

Zum einen sind es Stilfragen, die der SPD zumindest im gleichen Maße zugerechnet werden, wie den Verursachern der inzwischen Groko-typischen Intrigen, Machtkämpfen und persönlichen Agenden, die die politischen scheinbar überlagern. Diese gesamtschuldnerische Haftung wird von Unionspolitikern sogar gezielt eingesetzt. So war in der spontanen Reaktion auf das Wahlergebnis zu hören, die SPD trage Schuld an dem Zerwürfnis zwischen CDU und CSU, da sie in der Groko die Kanzlerin so weit nach links getrieben habe, daß ein Konflikt mit der CSU als Vertreterin der reinen Leere nicht mehr zu vermeiden war. Auch die Bundeskanzlerin hat es geschickt verstanden, die

Krisenbewältigung stets als dreiseitige Angelegenheit erscheinen zu lassen, ein taktisches Mittel, dem die SPD-Vorsitzende offenbar nichts entgegenzusetzen wußte.

Zum anderen geht das Post-Jamaika-Kalkül, ein von Staatsräson getriebener Opfergang werde am Ende vom Wähler honoriert, nicht auf. Auch wenn das Ziel der SPD beim Weg in die GroKo sowohl der Wunsch nach Durchsetzung eigener Vorhaben als auch das Erfüllen einer „verdammten Pflicht und Schuldigkeit“ gewesen ist, die Außenwahrnehmung ist eine andere, nicht zuletzt, weil der Entscheidungsfindungsprozess nicht den Eindruck vermittelte, hier würde rational agiert.

Dabei ist nicht zu verkennen, daß nicht nur die Koalitionsvereinbarung sondern auch die Zwischenbilanz der Bundesregierung weit sozialdemokratischer geprägt ist, als dies wahrgenommen wird. Die wesentlichen erledigten oder zumindest auf den Weg gebrachten Vorhaben nehmen Themen auf wie Mieterschutz, Förderung der Familien, Verbesserungen im Bildungsbereich oder Entlastung der Beitragszahler in der Krankenversicherung auf. Andere Zukunftsthemen werden zumindest aufgerufen, wie in den Überlegungen von Olaf Scholz zur Rentenpolitik, wenn auch mit viel Platz für Widerspruch, aber auch Entwicklungspotenzial. Die Arbeit der SPD-Minister ist weitestgehend sachlich, kompetent und durchaus am Wertekanon der SPD orientiert. Die Darstellung nach außen setzt sich aber nicht von der Gesamtpräsentation der Bundesregierung ab. Die Minister werden nicht als Vertreter der SPD sondern als leitende Angestellte der kriselnden Firma Merkel wahrgenommen, schreibt die Welt am Sonntag. Das erinnert fatal an ein hundert Jahre altes Dilemma der SPD. Auf dem Weimarer Parteitag 1919 (!) wurde eine Resolution verabschiedet, mit dem Inhalt, die Partei sei unter allen Umständen unabhängig von ihren Vertretern in der Regierung. Bei Unterschieden zwischen Handlungen von Ministern und der Beschlusslage der Partei gebühre letzterer jedenfalls der Vorrang.

Unser Herangehen an die Herausforderung Landtagswahl 2018 hat sich davon nicht lösen können!

Insbesondere in der Darstellungsform zeigen sich erstaunliche Parallelen.

Die angesprochenen Themenschwerpunkte wurden richtig gewählt, die Präsentation und Kommunikation wirft allerdings viele Fragen auf.

(Persönlicher Exkurs: Seit 1969 stehe ich vor Wahlen an Infoständen. In diesem Wahlkampf hatte ich ein signifikantes Problem zum ersten Mal. Wenn wir auf bestimmte von uns besetzte Themen angesprochen und konkrete Konsequenzen hinterfragt wurden, war ich nicht wirklich auskunftsfähig. Nicht weil ich nicht eine persönliche Einschätzung formulieren konnte, sondern weil mir nicht ausreichend klar war, ob die dem Zu-Ende-Denken der SPD entsprach. Dies trug letztlich auch dazu bei, daß wir in bisher nie gekannter Weise gar nicht in den Disput, vor allem mit Andersdenkenden gekommen sind. Vielmehr überwog das Gefühl, die Wähler hatten gar nicht mehr das Bedürfnis, sich an uns zu reiben, fast war eine Art Nachsicht zu empfinden, wie man sie sonst allenfalls nicht mehr satisfaktionsfähig empfundenen Gegnern gegenüber an den Tag legt; für eine Partei heißt dies nicht mehr ernst genommen werden!)

Um diesen Teufelskreis zu verlassen, bedarf die Art und Weise, wie wir politisch arbeiten, einer Neubestimmung von Grund auf.

Die Festlegung von Themen und die Ausformulierung wahlkampf-tauglicher Programmatik beruhte in erster Linie auf der rückschauenden Feststellung von Problemen und ihrer Bewertung. Dies ist nicht nur problematisch, weil die SPD in den letzten zwei Jahrzehnten durchaus umfassend die politischen Verhältnisse und die wesentlichen Entscheidungen (mit-)bestimmt hat. Dieser scheinbare Widerspruch wäre sogar heilbar, wenn es nicht beim Beklagen von Zuständen und der Ankündigung, wir werden uns kümmern, bliebe, sondern konkret formuliert wäre, in einer für den politischen Disput tauglichen Weise, welche Schritte, mit welcher Wirkungen für den einzelnen Betroffenen geplant sind, also nicht, „in den Städten explodieren die Mieten, insbesondere im Bereich der familientauglichen Wohnungen, dagegen werden wir vorgehen“, sondern „die öffentliche Hand hat die Möglichkeiten, Wohnraum in den Ballungszentren aus der Hand gegeben, das werden wir korrigieren, Bodenwertzuwachsbesteuerung und ... schaffen die nötigen finanziellen Spielräume. Die einzelnen Mieter werden geschützt, indem die Mietpreisbremse durchgesetzt und die Entmietungsstrategien von Spekulanten sanktioniert werden ...“

Bei näherer Betrachtung wird aber auch dramatisch deutlich, bedauerlicherweise gerade auch als Reaktion auf Mißerfolge, daß die Gesamtausrichtung der SPD, insbesondere aber die Ankündigungen einer programmatischen Erneuerung, nicht nur an den Bedürfnissen zu vieler Menschen vorbeigehen, sondern auch die Erfahrungen unserer Politik seit 1945 negieren.

Die SPD verstand sich immer als Partei mit der Verantwortung **für** die besonders Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft, aber nicht als nur die Partei **der** besonders Schutzbedürftigen in unserer Gesellschaft. Die adressierte Gruppe mag sich verändert haben, das Prinzip nicht, insofern erübrigt sich die Betrachtung, was aus der klassischen Industriearbeiterschaft geworden ist, sie schadet eher. Daraus folgt, daß wir uns um das Profil der Partei der sozialpolitischen Kompetenz zu kümmern haben, aber Sozialpolitik ist nicht nur Hartz IV, Mindestlohn und Mindestrente. Die gesellschaftliche Herausforderung aus dem Postulat „Chancengleichheit für Alle“ geht weit darüber hinaus. Sie steht insbesondere für eine Zukunftsperspektive an die Adresse der Menschen, die der Gesellschaft viel geben, aber nach einem klaren Bild verlangen, was die Gesellschaft ihnen zurückgibt.

Die besondere Verantwortung, die wir stets für diejenigen in unserer Gesellschaft übernommen haben, die keine oder nur unzureichende andere Interessensvertretung hatten, konnten wir immer deshalb wahrnehmen, weil wir für einen weit darüber hinausgehenden, soziologisch oft völlig anders zu verortenden Kreis die überzeugenden politischen Zukunftskonzepte hatten. Wenn wir die Möglichkeit behalten wollen, für diese Gruppe erfolgreich Politik zu machen, müssen wir für eine dreifach größere Zahl eine überzeugende Zukunftsperspektive bieten. Der Aufbau der Demokratie nach 1945, eine abgewogene Sicherheits- und Bündnispolitik, das Bekenntnis zur europäischen Integration, der nach langen Geburtswehen schließlich noch gefundene Weg, den gesellschaftlichen Wandel der sechziger Jahre aufzunehmen, die Attrahierung von völlig neuen Bevölkerungsgruppen außerhalb der Industriearbeiterschaft in den siebziger Jahren, die epochale, friedenssichernde Ostpolitik, und auch, auch wenn es viele nicht gerne hören, die überwiegend fortschrittssichernde Agenda 2010 haben uns den politischen Zuspruch gesichert, den man braucht, wenn man wirkungsvoll Familien, Rentner, Geringverdienende, Alleinerziehende, Mieter, ja auch Migranten und Asylanten

vertreten will. Wir müssen wieder die Solidarität unter den gesellschaftlichen Gruppen kanalisieren und organisieren lernen. Dazu brauchen wir überzeugende Zukunftskonzepte zu den als drängend empfundenen Fragen auch außerhalb der sozialen Gerechtigkeit, wie das Erstarren von disruptiven chauvinistischen Kräften in vielen Teilen der Welt gleichzeitig, Sicherheitspolitik in einer völlig destrukturierten Welt, die Verteidigung des Friedens-, Freiheits- und Wohlstandsmodells Europa, die neue Globalisierung insbesondere durch Digitalisierung, die Gestaltung einer Arbeitswelt, die den Faktor Arbeit heute völlig anders bewertet und nicht zuletzt eine Antwort auf Wanderungsbewegungen, die der Tatsache geschuldet sind, daß wir zu lange auf Kosten anderer Weltregionen gelebt haben. Gleichzeitig gilt es, das Bedürfnis der Menschen nach einer Individualisierung aufzugreifen und zu beantworten, das zutiefst apolitisch begründet, aber politisch hochwirksam ist (Heimat!).

Was fehlt ist ein diesen Überzeugungen entsprechender Markenkern und ein passendes SPD-Leitbild. Ein erster Schritt dazu muß sein, die echten und scheinbaren Widersprüche aufzulösen, die uns als argumentativer Klotz am Bein hängen. Welches Leitbild erlaubt es gleichzeitig die Kohle zu retten und dennoch als ökologisch verantwortungsbewußt wahrgenommen zu werden? Kann eine Partei für Arbeitsplatzsicherheit und Technologieführerschaft in unserer Wirtschaft stehen und dennoch den Dieselbetrug als das bezeichnen, was er ist und entsprechend damit umgehen? Kann man die paritätische Finanzierung der KV einfordern, wenn man ihre Abschaffung gerade mitbeschlossen hat?

Solche Widersprüche sind nicht vermeidbar aber zu bewältigen. Dazu müssen sie aber zunächst erklärt werden und nicht verschwiegen. Sozialdemokratische Politik ist seit jeher gekennzeichnet durch das Kenntlichmachen gesellschaftlicher Widersprüche und ein Angebot für ihre Auflösung. Die Vorstellung, es dabei allen beteiligten Interessen Recht machen zu können ist weltfremd, wir müssen uns entscheiden, auf welcher Seite wir stehen.

Schließlich vermittelt die SPD ein Bild von Führungsverständnis und Führungskultur über nahezu alle Ebenen hinweg, das, sollte es überhaupt jemals aktuell gewesen sein, zumindest aus heutiger Sicht aus der Zeit gefallen ist. Wäre es dann hier nicht ganz einfach, Verantwortliche zu suchen und die Ursachen des Mißerfolgs zu personalisieren? Nein!

Um nicht mißverstanden zu werden, mich begeistert es auch nicht, daß jemand die Uhr von August Bebel trägt, der im Bundestag gerne mal Pippi Langstrumpf singt oder seine Argumente auf Bätschi reduziert. So ganz Stil und Niveau der Vorsitzenden, die die SPD groß gemacht haben, ist das eher nicht.

Ich bin auch nach wie vor nicht sicher, ob nicht auch alle anderen außer vielen SPD-Genossen gesehen haben, wie unwohl sich die bayerische Spitzenkandidatin in ihrer Rolle gefühlt hat und wie erkennbar sie dagegen angekämpft hat. Kein Verständnis habe ich allerdings für Parteigranden, die es ja besser wissen, denen es reicht, sich an einer Personalie abzuarbeiten und damit die grundsätzliche Auseinandersetzung mit unseren Problemen hintertreiben. Ein Münchener EX-OB, sonst mit einem gewissen Hang zur Erklärung der Welt, diesmal reduziert auf eine persönliche Abrechnung, hätte Anlaß, sich an der Analyse seines Vorgängers Hans-Jochen Vogel zu orientieren, aber soviel Souveränität erreicht man vielleicht zuverlässig erst mit 92.

Die Erklärung der Landschaftsveränderung in vielen Medien, die Grünen profitierten vor allem von jungem, frischem Personal mit positiver Ausstrahlung ist mir zu leichtgewichtig und wohlfeil. Natürlich kann es nur gut sein, wenn Politik lächelnd statt miesepetrig verkauft wird und Schwiegermutterträume vom Dreitagebart wahr werden, was soll's? Entscheidend ist, daß das Personal die Botschaft spiegelt. Diese Einheit von Botschaft und Persönlichkeit nimmt in meinen Augen proportional zur Hierarchie in unserer Partei ab.

Politische Positionierungen, organisatorische Festlegungen, vor allem aber Personalentscheidungen mit größter Tragweite, die in einem kleinen Zirkel getroffen werden, dessen Legitimation schwer, die Auswahl gar nicht erkennbar ist, und einer staunenden Partei gemeinsam und gleichzeitig mit dem Rest der Öffentlichkeit offenbart werden, sind mit dem Verständnis der Bevölkerung von demokratischer Meinungsbildung nicht mehr in Einklang zu bringen. Beredte Beispiele stellen die Kür von Martin Schulz in Form einer Investitur durch Sigmar Gabriel oder jüngst von Katharina Barley als Spitzenkandidatin für die Europawahl dar, die in den Medien (offenbar nicht

abwegig) verkauft wurde als „Justizministerin beugt sich schließlich dem Willen der Parteichefin“.

Inhaltlich bleibt vor allem in Erinnerung, wie die Positionierung in der causa Maßen oder auch zum Dieselkompromiß nicht vorgenommen wurde, sondern sich „entwickeln“ konnte, zunächst nur unschlüssig, am Ende panisch. Um es an dieser Stelle an Deutlichkeit nicht fehlen zu lassen: Auch jetzt und unabhängig von konkreten Ereignissen und Anlässen ist jede Entscheidung, bleiben oder aufkündigen, besser als eine Hängepartie mit endlosen Ankündigungen oder ein „Schau mer mal“ nach Fahrplan.

Warum soll in den Augen der Wähler eine Partei, die schon intern nicht in der Lage ist, vernünftige demokratische Prozesse zu organisieren, es schaffen, die großen Gefährdungen unseres inzwischen fragilen politischen und Wertesystems souverän und verantwortungsbewußt zu bewältigen. Hinzu kommt, daß eine Tendenz in der Gesellschaft ohnehin bereits das Prinzip der repräsentativen Demokratie mit unabhängigen Vertretern der Bevölkerung auf allen Ebenen in Frage stellt und auch der Umgang von gerne als Eliten bezeichneten Gruppen mit den Grundvoraussetzungen des Funktionierens einer Demokratie dieser Tendenz Vorschub leistet. Sehr schnell wird dann aus der Weigerung einer Regierung, sich an gerichtliche Entscheidungen zu halten, der Beförderung eines Spitzenbeamten, der seiner Verantwortung nicht gerecht wird, oder einer „Nachbesserungsankündigung“ der Kanzlerin hinsichtlich von Emissionswerten bei einem Rückzug der Autoindustrie aus ihrer rechtlichen Verantwortung eine Neuauflage von „Die da oben, wir da unten“. Derartigen Trends hat sich die SPD, als historisches Verdienst sei das festgehalten, über weit mehr als hundert Jahre entzogen.

Auf diesen Vertrauensverlust gibt es nur eine Antwort:

Eine offene Diskussion in der SPD, wie Entscheidungen zu treffen sind, wer welche Kompetenzen besitzt oder teilt, im Sinne einer Gremienklarheit, ohne die auch kein Unternehmen oder eine Körperschaft auskommt, eine Festlegung in unmißverständlichen Statuten und eine absolute Bindung des Führungspersonals an diese Prinzipien mit entsprechender Konsequenz.

Die Aufarbeitung des Mißerfolges mit der Hoffnung, daraus erfolversprechende Lehren zu ziehen, muß über alle Ebenen der Partei hinweg als konkrete Aufgabe gesehen werden. Die Beschränkung auf einen Kreis, der den Kadern unseligen Angedenkens nicht unähnlich ist, reicht nicht annähernd

aus. Externer Sachverstand kann helfen und ein strukturierter Verbindungsaufbau zum vorpolitischen Raum muß als Gegenentwurf zu plumpem Populismus in Angriff genommen werden. Vor allem aber muß es wieder attraktiv und anerkannt sein, nicht nur verschämt, wenn überhaupt, öffentlich zu verkünden: Ich bin Sozialdemokrat!